

klappt es im Bildungsbereich nicht

Isabel Rojas, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende, hat die Unterstützung der Lehrgewerkschaft für einen „Frauen-Streiktag“ erklärt. Das sogenannte „Töchter-Kollektiv“ und die Initiative „Enough! Genug!“ rufen zu einer solchen Aktion am 9. März auf, dem Tag nach dem Internationalen Frauentag am kommenden Sonntag. Durch Fernbleiben der Frauen vom Arbeitsplatz soll sichtbar gemacht werden, welche Bedeutung die Frauen für das Funktionieren der Volkswirtschaft haben. Zu einem Streik wie im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen könne und werde die GEW zwar nicht aufrufen, erklärte der Verband am Donnerstag. „Allerdings finden landesweit Frauenversammlungen und andere Aktionen statt, um für Gleichstellung und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen einzustehen“, erklärte Rojas. „In einigen Dienststellen, zum Beispiel in Hildesheim, Holzminden und Göttingen, haben Gleichstellungsbeauftragte bereits einen Weg gefunden und zu Frauenvollversammlungen eingeladen. Dort ziehen sich an diesem Tag Frauen für die Versammlung aus der Arbeit und zeigen, dass ohne uns auch im Bildungsbereich nichts geht“, erläuterte sie die Planungen der GEW. Das Recht auf Frauenversammlungen sei im Bundesgleichstellungsgesetz im Paragraphen 25 sowie im Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz in Paragraph 20 geregelt, stellt die Gewerkschaft klar.

Dieser Artikel erschien in **Ausgabe #044**.



Autor

Niklas Kleinwächter



E-Mail



Artikel teilen



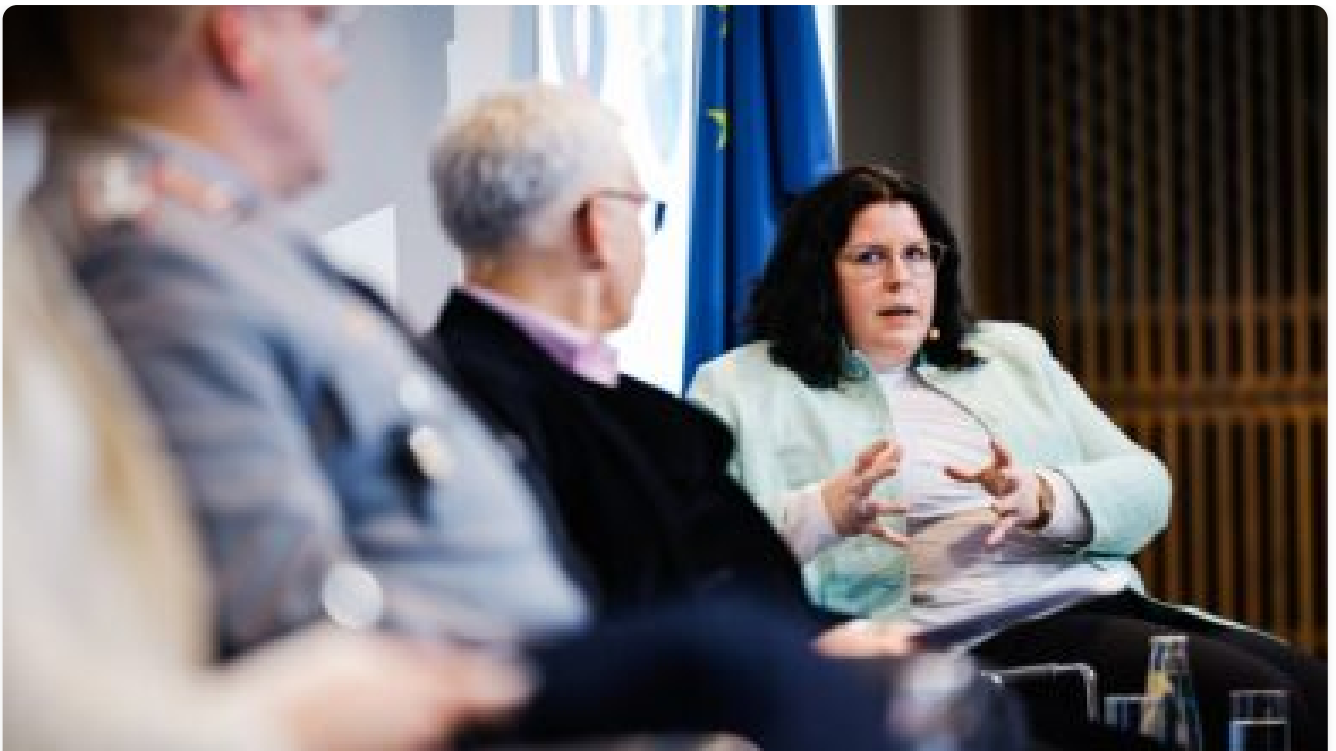
Karrieren, Krisen & Kontroversen

Meilensteine der niedersächsischen Landespolitik

Jetzt vorbestellen

Aktuelle Beiträge

[Alle aktuellen Meldungen](#) →



RB+ [Meldung](#) > Inneres

CDU-Politikerin Düpont mahnt: Auch zivile Seite muss mehr für die Verteidigung unternehmen

Auch im Spannungsfall muss der Staat weiterhin funktionieren. Doch weiß jeder, was dann zu tun ist? Die Europapolitikerin Lena Düpont (CDU) sieht da noch erheblichen Nachholbedarf.

10. März 2026 · Niklas Kleinwächter

🕒 4min



RB+ [Meldung](#) > Parteien

SPD stellt fest: Die "sozialen Medien" werden stark durch Monopolstrukturen geprägt

Wie können die "sozialen Medien" stärker kontrolliert werden? Die SPD hat dazu in ihrer Klausurtagung einige Vorschläge entwickelt. Das zielt auf die Bundesebene und auf die EU.

11. März 2026 · Klaus Wallbaum

🕒 3min



RB+ **Meldung** > **Wirtschaft**

Schöne neue Energiewelt: Wilhelmshaven hängt beim Flüssiggas am Tropf der USA

Deutschlands neue Gasversorgung läuft über Wilhelmshaven – und das Flüssiggas kommt fast nur aus den USA. Eine Landtagsanfrage zeigt, wie einseitig die LNG-Lieferketten sind.

11. März 2026 · Christian Wilhelm Link

🕒 3min



Rundblick für Niedersachsen

[Impressum](#)

[Disclaimer](#)

[Datenschutzerklärung](#)

[Informationen nach](#)

[DSGVO](#)

Redaktion und Abonnenten

[Über den Rundblick](#)

[Kontakt](#)

[Wesen des Rundblicks](#)

[Abo-Übersicht](#)

Extras

[Podcast:](#)

[Niedersachsen im Blick](#)

[Podcast: Politiknerds](#)

[Niedersachsen am](#)

[Sonntag](#)

[Karrieren, Krisen &](#)

[Kontroversen](#)

